Wahlkämpfer Peña Nieto in Atlacomulco: *Wortlos vor der Herrschaft der Kartelle*

MEXIKO

Comeback der Dinosaurier

Lateinamerikas zweitgrößte Volkswirtschaft steht vor der Übernahme durch Drogenbosse, gegen sie zeigte sich auch das Militär machtlos. Nun scheint ein Wahlsieg jener Partei möglich, die für ihre friedliche Koexistenz mit der Mafia berüchtigt ist.

Die Straßensperre am Ortseingang wird von Indianern bewacht, sie tragen Schnellfeuergewehre, kugelsichere Westen und schwarze Uniformen. Mit knappen Gesten winken sie die Autos nach Cherán durch, eine Kleinstadt im Bundesstaat Michoacán. Gelegentlich stoppen sie ein Fahrzeug und durchsuchen den Kofferraum. Hinter einer Barriere aus Sandsäcken überwachen Scharfschützen jede Bewegung. Ein Kleinlaster wendet hastig und rast zurück. „Der transportiert Drogen oder Waffen“, vermutet einer der Bewaffneten.

Cherán, eine Gemeinde von 17 000 Einwohnern überwiegend indianischer Abstammung, liegt mitten in Mexikos sogenannter Roter Zone, dem Herrschaftsgebiet der Drogenkartelle. Die örtlichen Gangster nennen sich „Tempelritter“, die Bande hat sich von der Mafiaorganisation „La Familia Michoacana“ abgespalten. Ihre Angehörigen tragen weiße Hemden und Helme mit roten Kreuzen, die Haare

JANET JARMAN / DER SPIEGEL

sind kurz geschoren wie bei den US-Marines, ihren wahren Idolen. In schweren Geländewagen mit verspiegelten Scheiben rasen sie über die Straßen.

Die Tempelritter leben nicht nur vom Handel mit Kokain und Marihuana, sie profitieren auch von der illegalen Rodung der nahen Kiefernwälder. 17 Einwohner von Cherán haben die Tempelritter bislang umgebracht, weil die sich dem Raubbau widersetzt hatten. Im April starben 8 bei einer Schießerei.

Doch die Indianer von Cherán lassen sich nicht einschüchtern, ihre Vorfahren haben schon den spanischen Eroberern widerstanden. Vergebens hatten sie die Regierung um Hilfe gebeten. Schließlich vertrieben sie die korrupten Stadtpolizisten, bemächtigten sich ihrer Gewehre und stellten Milizen zur Selbstverteidigung auf. Über hundert Männer und Frauen haben sie unter Waffen, rund um die Uhr patrouillieren sie auf den Straßen.

Indianer gegen Tempelritter: In Mexiko ist das kein Skript für einen Fantasy-Film, sondern ein Symptom für den Verfall der Demokratie. Der Staat, der sich soeben auf dem G-20-Gipfel von Los Cabos als aufstrebendes Schwellenland präsentierte, könnte zum „failed state“ absteigen, zu einem gescheiterten Staat, der seinen Bürgern Sicherheit und Recht nicht länger garantieren kann; der dabei ist, sich selbst aufzugeben.

In 70 Prozent aller mexikanischen Gemeinden haben nichtgewählte Politiker das Sagen; was hier geschieht, bestimmen Drogenhändler. Das ergab eine Untersuchung der unabhängigen Forschungseinrichtung „Instituto de Acción Ciudadana“, noch vor einem Jahrzehnt waren nicht einmal halb so viele Gemeinden betroffen.

Die Gouverneure mehrerer Bundesstaaten müssen sich gegen den Vorwurf wehren, Geld von den Kartellen genommen zu haben. Ungeniert lassen sich hohe Staatsrepräsentanten mit den Geldwäschern etwa des Sinaloa-Kartells beim Pferderennen fotografieren. Wer Mexikos Parteien mit Geld versorgt, ist völlig undurchschaubar.

Der gesamte Polizeiapparat des Landes sei von der Drogenmafia unterwandert, stellte Präsident Felipe Calderón resignierend fest, als er 2006 sein Amt antrat. Daraufhin schickte er das Militär in den Kampf gegen die Drogenmafia. Der Staatschef verglich seine Aufgabe mit der eines Chirurgen, der einen Tumor entfernen will und entdeckt, dass der Krebs den ganzen Körper befallen hat.

Sechs Jahre später haben sich die Überlebensaussichten weiter verschlechtert: Eine Polizeireform scheiterte, inzwischen sind auch die Streitkräfte von der Drogenmafia infiziert. Ende Mai suspendierte Calderón drei Generäle, die Kontakte zu den Kartellen gepflegt haben sollen.

Mehr als 50 000 Menschen sind seit Calderóns Amtsantritt im Drogenkrieg gestorben, täglich melden die Medien neue Massaker. Die Narcos beschränken sich nicht aufs Töten: Oft zerstückeln sie ihre Opfer und stellen die Körperteile demonstrativ auf Plätzen und Straßen zur Schau. So schüchtern sie die Bevölkerung ein und schrecken rivalisierende Banden ab.

Im Norden, an der Grenze zu den USA, können sich Gegner der Drogenhändler in ganzen Regionen nicht mehr blicken lassen, die Industriemetropole Monterrey lebt seit Monaten unter dem Joch der Kartelle. Sie bestimmen, wann Ausgangszeit ist und wann nicht.

Am Sonntag nun wählen die Mexikaner einen neuen Präsidenten. In jedem anderen Land hätte der Krieg gegen die Kartelle auch den Wahlkampf bestimmt. In Mexiko scheuen die Kandidaten jede Konfrontation. „Es ist nebensächlich, wer Präsident wird“, sagt Edgardo Buscaglia, ein Sicherheitsberater der Uno. „In Wahrheit herrscht die Mafia.“

Ausgerechnet das riesige Mexiko erfüllt alle Voraussetzungen, um sich zur größten Rauschgiftrepublik auf amerikanischem Boden zu wandeln. Knapp die Hälfte der 115 Millionen Einwohner lebt in Armut, die Nähe zu den USA macht das Land zur idealen Durchgangsstation für Kokain aus Südamerika. Die 3140 Kilometer lange Grenze ist kaum zu kontrollieren.

Über 70 Jahre lang herrschte die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) wie ein Krake über das Land. Per „dedazo“, Fingerzeig, erkoren die Präsidenten ihre Nachfolger. In vielen Gegenden schlossen die Parteibonzen Abkommen mit der Mafia und sicherten sich so ihre

REUTERS

Konfiszierte Chemikalien zur Drogenherstellung in Manzanillo: *Abstieg zum „failed state“*

AP

Mordopfer an einer Brücke von Nuevo Laredo im Mai: *Über 50 000 Tote im Drogenkrieg*

Position. Sie teilten Posten und Pfründen unter ihren Günstlingen auf. „Die perfekte Diktatur“ nannte einst Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa das Herrschaftssystem der PRI.

Im Jahr 2000 wurde sie abgewählt, vor allem jüngere Mexikaner waren die Korruption leid. Der Geschäftsmann Vicente Fox von der konservativen Partei der Nationalen Aktion gewann die Wahlen, er versprach Erneuerung. Doch der Aufbruch versandete: „Fox demontierte das alte Herrschaftssystem, aber er setzte nichts Neues an seine Stelle“, sagt Buscaglia. Verbrechersyndikate stießen in das Vakuum, lieferten sich erbitterte Kämpfe. Buscaglia: „Der Präsident hatte mit dem Knüppel auf ein Wespennest geschlagen.“

Mindestens acht Kartelle konkurrieren derzeit um Vorherrschaft und Vertriebswege. Sie beschränken sich nicht auf den Rauschgifthandel: Die Mafia schmuggelt Wanderarbeiter in die USA und erpresst Schutzgelder. Die Polizei steht den Gangstern oft zu Diensten, über 98 Prozent der Straftaten werden nie geahndet.

Die Drogenbanden haben ihr Netz über die ganze Welt gespannt. Sie terrorisieren die Kleinstaaten Mittelamerikas, strecken ihre Tentakeln nach Argentinien aus, erschließen neue Märkte für synthetische Rauschgifte in Europa und Asien. Kolumbianische Mafiosi, die früher den internationalen Drogenmarkt beherrschten, fungieren als Zulieferer für die Mexikaner.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Präsidentenwahl besonderes Gewicht, es geht darum, ob das Land künftig noch genügend Entschlusskraft aufbringt, sich mit den Drogenpushern anzulegen. Es sieht nicht gut aus. Die Favoritin der Präsidentenpartei liegt abgeschlagen an dritter Stelle, die Wahl wird sich zwischen dem linken Populisten Andrés Manuel López Obrador und der PRI entscheiden.

Enrique Peña Nieto, der Kandidat der einstigen Staatspartei, führt in allen Umfragen. Zwölf Jahre nach ihrer Abwahl bereiten sich die Dinosaurier, wie die PRI-Granden genannt werden, auf ein Comeback vor. In Ex-Gouverneur Peña Nieto haben sie ihren Traumkandidaten gefunden: Er ist jung, sieht blendend aus, seine Hochzeit mit einer Telenovela-Schauspielerin war ein nationales Ereignis.

Sein Charisma ist spürbar: Frauen kreischen, als der Kandidat sich den Weg durch die Menge in seiner Heimatstadt Atlacomulco bahnt – einer Hochburg der Dinosaurier, in der einer von Peña Nietos Vorgängern den Spruch prägte: „Ein armer Politiker ist ein armseliger Politiker.“

Behände erklimmt der Kandidat die Tribüne, turnt über Absperrungen hinweg und lässt sich von seinen Anhängern auf Schultern tragen. Von der Bühne verspricht er, die Wirtschaft anzukurbeln und kaputte Straßen zu reparieren. Die Herrschaft der Drogenbosse prangert er nicht an; vage verkündet er, dass er „die Gewalt verringern“ werde.

Wird die PRI im Fall eines Wahlsiegs versuchen, einen Stillhaltepakt mit den Kartellen auszuhandeln? Diese in der Parteigeschichte begründete Sorge treibt vor allem die US-Regierung um. Peña Nieto reagierte mit einem geschickten Schachzug: Er heuerte Kolumbiens ehemaligen Polizeichef Oscar Naranjo als Sicherheitsberater an. Der Polizeiveteran half, den legendären Drogenboss Pablo Escobar zu fangen. Der gewiefte Mafiajäger soll verhindern, dass Mexiko noch tiefer im Strudel aus Gewalt und Korruption versinkt.

Doch dafür ist es womöglich zu spät. In Michoacán, dem Heimatstaat von Präsident Calderón, sind mittlerweile drei Viertel aller Gemeinden in der Hand der Drogenkartelle, hier wird der größte Teil des Rauschgifts aus Südamerika angelandet. Wichtige Transportrouten führen vom Pazifikhafen Lázaro Cárdenas nach Norden, mindestens drei Kartelle kämpfen um die Macht. Im Jahr 2006 schickte Calderón das Militär in die „Operation Michoacán“, das war der Beginn des Drogenkriegs. Kampfhubschrauber kreisten über der prachtvollen Kathedrale der Hauptstadt Morelia. Doch die Mafia ließ sich nicht einschüchtern, sie provozierte die Regierung mit Gräueltaten. Schergen der Familia Michoacana hinterließen die Köpfe von vier Gegnern in einem Nachtclub.

Vor dreieinhalb Jahren warfen dort Gangster während der Feier zum Unabhängigkeitstag zwei Sprengsätze auf den Platz vor der Kathedrale, acht Menschen starben. Killer ermordeten Bürgermeister und Stadträte, bei Gemeindewahlen stellte die Mafia eigene Kandidaten auf.

Minerva Bautista war Sicherheitsministerin des Bundesstaats, als Pistoleros der Familia Michoacana sie vor zwei Jahren in einen Hinterhalt lockten. Sie kehrte von einer Landwirtschaftsmesse zurück, die Gangster blockierten die Straße und feuerten aus Maschinenpistolen auf ihren gepanzerten Dienstwagen. 15 Minuten dauerte der Überfall, später zählte die Polizei 2700 Einschüsse in der Karosserie, zwei ihrer Leibwächter starben im Kugelhagel.

Bautista überlebte, von Splittern leicht verletzt. Sie hatte sich auf den Boden des Jeeps geworfen und über Funk das Militär zu Hilfe gerufen. „Die Gangster kannten meine Route, sie müssen Informanten gehabt haben“, sagt sie. Der Anführer der Verbrecher war ein Ex-Polizist, er wurde später verhaftet. Im Fernsehen bekannte er, dass er als „Aufräumer“ für die Mafia gearbeitet habe – er löste die Körper Ermordeter im Säurebad auf.

Nach dem Attentat zog Bautista sich für kurze Zeit aus der Politik

zurück, jetzt tritt sie für ein Bündnis von Linksparteien als Bürgermeisterkandidatin in Morelia an. Mit Ehemann und Baby zieht die zierliche Frau durch die Armenviertel, sie lässt Ballons steigen und diskutiert Abwasserprobleme. Kein Leibwächter begleitet sie, ihr Auto ist nicht gepanzert. „Der Anschlag vor zwei Jahren war nicht gegen mich persönlich gerichtet“, sagt sie. „Als Kandidatin fühle ich mich sicher.“

Gegner streuen Gerüchte, dass Bautistas Wahlkampf von der Mafia unterstützt wird, deshalb verzichte sie auf Schutz, was sie zurückweist. Aber Furcht und Misstrauen sind allgegenwärtig, in keinem anderen Bundesstaat sind Politik und Mafia so verwoben, auch Linkspolitiker haben Verbindungen zu den Kartellen.

Im Februar entsandte Präsident Calderón weitere 4000 Soldaten nach Michoacán. Sie patrouillieren auf der Straße zum Flughafen, ihre Gesichter sind vermummt. Doch das martialische Gehabe half nicht: Vor drei Wochen verübten die Tempelritter Brandanschläge auf mehrere Lagerhallen des Snackherstellers Sabritas, einer Tochterfirma des amerikanischen PepsiCo-Konzerns. Die Mafia hatte in den Kekslastern Waffen und Drogen transportiert, die Polizei soll deshalb Informanten als Fahrer eingeschleust haben.

Greift der Drogenkrieg jetzt auf die Privatwirtschaft über? Bislang waren Anschläge auf multinationale Konzerne tabu, ausländische Investoren ließen sich von der Gewalt nicht abschrecken. Aber das kann sich schnell ändern, wenn der Sabritas-Anschlag kein Einzelfall bleibt.

Vor allem junge Mexikaner bezweifeln, dass ein Regierungswechsel den Niedergang stoppen wird. Sie setzen ihre Hoffnung auf die Zivilgesellschaft: Zehntausende Studenten protestierten in den vergangenen Wochen gegen die PRI. Buscaglia, der die Uno unter anderem beim Aufbau der Justiz in Afghanistan beraten hat, plädiert für einen Pakt der gesamten politischen Klasse, der „den Übergang zu wirklicher Demokratie absichert“.

Im Rathaus von Cherán, dem Ort mitten im Mafiagebiet, verhallen solche Appelle. Die Indianer haben andere Sorgen, sie beraten, wie sie die nächste Zeit überleben: Vor vier Wochen wurden zwei ihrer Patrouillengänger ermordet.

„Wir wollen keine Selbstjustiz“, beteuert ein Anführer. Er beruft sich auf ein Ausnahmegesetz, das den Ureinwohnern das Recht auf Selbstverwaltung zusichert, die Wahlen am kommenden Sonntag werden sie boykottieren. Das Aufstellen von Urnen haben sie verboten, sie küren ihre Chefs nach Art ihrer Vorväter. „Wir haben kein Vertrauen in die mexikanische Demokratie“, sagt der Anführer. „Parteien spalten nur.“

Jens Glüsing

ZYPERN

Catastrofias und Panicos

Am 1. Juli geht die EU-Ratspräsidentschaft auf die Regierung in Nikosia über. Die kämpft mit leeren Kassen und mit dem ungelösten Konflikt zwischen Griechen und Türken auf der Insel.

Sitzgurt festzurren“, ruft Captain Michael Harnadek und steuert mit Karacho aufs Rollfeld zu. „Die Spucktüten liegen vorne links.“

Spucktüten?

Kleiner Scherz. Das Gefährt, das Harnadek jetzt über die Startbahn des Flughafens Nikosia jagt, ist kein Airbus, nur ein Chevrolet. Der jault bei Tempo 100 und hebt nicht ab. Macht nichts, sagt der Captain, entscheidend sei für ihn „dieses Gefühl, mal einfach ein Rollfeld runterdonnern zu können wie sonst nur die Piloten“.

Harnadek, Hauptmann der slowakischen Armee und Mitglied der Uno-Friedenstruppen auf Zypern, hat auf Spritztour die Start- und Landebahn in Nikosia für sich allein. Ein Flugzeug hob hier letztmals 1974 ab – als noch der Krieg um Zypern tobte. Seither leben Inselgriechen und Inseltürken unter Uno-Aufsicht getrennt, beidseits der „Grünen Linie“. Und der alte Flughafen, nun im Niemandsland gelegen, ist außer Betrieb.

Dabei könnten sie ihn gut gebrauchen. Jetzt, wenn auf Zypern so einiges zukommt.

DARRIN ZAMMIT LUPI / REUTERS

Staatspräsident Christofias
Schulterschluss mit Moskau?

Da ist, zum einen, die EU-Ratspräsidentschaft. Die Mittelmeer-Republik, 839 000 Einwohner, hat ab Sonntag den Vorsitz im Kreis der 27 Mitgliedsländer (Gesamtbevölkerung: eine halbe Milliarde Menschen). Das bedeutet: 191 Tagungen, Konferenzen, Symposien bis Jahresende und reichlich EU-Bürokraten auf Kurzbesuch. Eine „historische Herausforderung“ prophezeit Staatspräsident Demetris Christofias seiner Insel.

Zum anderen ist da der Kampf gegen die Staatspleite. Allein 1,8 Milliarden Euro für die trudelnde Laiki Bank, und nach Expertenmeinung müssen dringend insgesamt bis zu neun Milliarden Euro beschafft werden. Die Staatskasse ist leer. Seit Wochen feilschen Zyperns Emissäre an verschiedenen Fronten um Geld – in Brüssel, Moskau, Peking.

Für Start und Landung nutzen die Shuttle-Diplomaten den Flughafen von Larnaka, „weil außer Asbest und Taubenscheiße hier bald nichts mehr übrig ist“, sagt Captain Harnadek auf der Startpiste von Nikosia. Das alte Abfluggebäude mit vor sich hin rottender Haupthalle ist noch im Originalzustand der frühen Siebziger zu besichtigen – samt Telegrafenamt und unbekümmerter Plakatwerbung für Rothmans-Zigaretten: „Smoking Yes“.

Auch im Gebäude nebenan, wo der Uno-Sondergesandte Alexander Downer seinen Sitz hat, bewegt sich nichts mehr. Über die Zukunft Zyperns, dieses „Friedhofs der Diplomaten“, wie sie die Insel nach 38 Jahren erfolgloser Verhandlungen nennen, wird derzeit nicht weiter verhandelt. Zuletzt kamen aus Ankara Drohungen, die Teilung der Insel zu besiegeln und den Norden unter dem Namen „Türkisch-Zypern“ endgültig abzutrennen.

Dabei ist schon der Status quo kurios: Ab 1. Juli steht mit Zypern ein Staat an der Spitze des vereinten Europa, der nur zwei Drittel seines eigenen Territoriums kontrolliert – der Rest ist von Truppen des EU-Anwärters und Nato-Mitglieds Türkei besetzt.

Schlagzeilen macht Zypern dieser Tage aber aus anderen Gründen – weil im gemeinsamen Kampf gegen die Finanzkrise Präsident Christofias, vom Volk als „Catastrofias“ verspottet, und Notenbankchef Demetriades, Vorname: Panicos, der Welt Rätsel aufgeben. Lange Zeit, auf jeden Fall bis zum Ende vergangener Woche, ließen sie das Volk im Unklaren darüber, ob Zypern sich als fünftes Land unter den EU-Rettungsschirm flüchtet; ob gar aus China Geld kommt, um eine Pleite abzuwenden; oder ob Russland einmal mehr als Gönner in die Bresche springt.

Zypern gehörte mit solidem Wachstum und Beinahe-Vollbeschäftigung lange zu den wirtschaftlich stabilen EU-Staaten. Der Unternehmensteuersatz beträgt niedrige zehn Prozent, die Insel ist ein bevorzugter Bankenplatz. Erst milliardenschwere Kredite für Griechenland brachten die Bilanzen der Geldinstitute und die Finanzarchitektur der ganzen Republik